

Divergierende Denk- und Wahrnehmungsmuster

Die Nationen Zentraleuropas haben ihre tragische Geschichte noch nicht überwunden

CHRISTIAN LEQUESNE*

Im Hinblick auf meine Erfahrungen in der Tschechischen Republik, wo ich die Reaktionen der öffentlichen Meinung und auch des intellektuellen Milieus zu den Fragen, die uns heute hier beschäftigen, beobachten kann – insbesondere zum deutsch-französischen Verhältnis –, möchte ich heute einige kommentierende Bemerkungen beitragen.

Zu Beginn vielleicht zunächst einige Worte zu den Reaktionen auf die Referenden in Frankreich und den Niederlanden. Man darf nicht vergessen, dass es in den zentraleuropäischen Staaten auch Euroskeptiker gibt, die sehr froh über die Geschehnisse in Frankreich und den Niederlanden sind. Ich habe noch vor dem Referendum mit einem Politiker der wichtigsten euroskeptizistischen Partei der tschechischen Rechten diskutiert. Er sagte mir, dass er ein Nein in meinem Land erwartet hätte. Ich gab zu bedenken, dass die Menschen sehr wahrscheinlich aus Gründen mit Nein gestimmt hätten, die völlig gegensätzlich zu den seinen sind, denn er sei der Meinung, dass Europa nicht liberal genug sei. Daraufhin hielt er inne und entgegnete: Dies sei in der Tat richtig, aber nicht weiter schlimm. Denn die Liebe zum Nationalstaat sei ihnen gemeinsam. Andere aber stellen sich natürlich Fragen, vor allem die Frage

nach dem Warum. Das heißt: „Warum habt ihr diese ganze Sache unternommen?“ – und das ist sehr interessant, da die Initiative als eine französische Initiative wahrgenommen wird, sie wird stark mit dem Konvent und ihrem Vorsitzenden Valéry Giscard d'Estaing identifiziert – „warum habt ihr diese ganze Sache unternommen, um es nun soweit kommen zu lassen?“

Nun zur Frage der Wahrnehmung des deutsch-französischen Verhältnisses: Ich glaube, dies muss man aus der Geschichte dieser Länder heraus verstehen, die sich schwer damit tun, ihr heutiges Leben losgelöst von der Tragik ihrer Geschichte zu konzipieren. Ich denke, darin liegt ein großer Unterschied zu Frankreich und Deutschland: Unsere Gesellschaften haben in gewisser Hinsicht ihre tragische Geschichte überwunden. Dies ist für die Gesellschaften Zentraleuropas noch nicht der Fall, und vor diesem Hintergrund ist man sehr sensibel für alles, was als ein diffuser Hegemonialfaktor wahrgenommen wird. Die Wahrnehmung des deutsch-französischen Verhältnisses muss man dementsprechend ebenso vor diesem geschichtlichen Hintergrund verstehen.

Es gibt einen sehr schönen Essay von Milan Kundera, „Le Rideau“, der gerade auf

* Dr. pol. Christian Lequesne, Centre français de recherche en sciences sociales, Prag. Übersetzung durch die Redaktion.

Französisch erschienen ist. Darin heißt es: „Das, was die kleinen Nationen Zentraleuropas von den großen europäischen Nationen unterscheidet, ist nicht das quantitative Kriterium ihrer Einwohnerzahl. Es ist etwas tiefer liegendes. Ihre Existenz ist für sie keine selbstverständliche Sicherheit, sondern immer eine Frage des Risikos. Sie befinden sich gegenüber der Geschichte in der Defensive.“

Dies ist in der Tat eine Realität, die im existenziellen Gedächtnis der Gesellschaften Zentraleuropas verankert bleibt, und sie ermöglicht es zuweilen, die Positionierung gegenüber dem deutsch-französischen Tandem zu verstehen. Dabei fällt auf, dass ungeachtet der Tatsache, dass das deutsch-französische Tandem in den letzten Jahren objektiv an politischem Gewicht verloren hat, der diffuse Verdacht der Hegemonie weiterhin auf ihm lastet. Und in dem Augenblick, in dem beide Länder sich beispielsweise von den Regeln der Gemeinschaft entfernen, wie in der Affäre um den Stabilitätspakt, ist das Potenzial der Erregung und Dramatisierung, vor allem in den Medien, stark. Oder wenn zum Beispiel der deutsche und der französische Staats- und Regierungschef mit Vladimir Putin zusammentreffen, dann können Sie sicher sein, am nächsten Tag in der Prager oder Warschauer Presse entsprechend alarmierte Kommentare vorzufinden.

Der wesentliche Aspekt in der Wahrnehmung des deutsch-französischen Verhältnisses – und das wurde bereits mehrfach gesagt, ich teile hier völlig die Standpunkte meiner Vorredner – ist jedoch, dass man in den Ländern Zentraleuropas nicht viel an das deutsche und französische Wirtschafts- und Sozialmodell glaubt. Und dabei geht es nicht nur um das Problem der Arbeitslosigkeit, das mit dem Wachstum zusammenhängt. Es geht um mehr als das: Man hat Schwierigkeiten, die Formen der „Super-Sicherheit vom Staat“, die mit der Geschichte des demokratischen Wohlfahrtsstaates zusammenhängen, als legitim zu akzeptieren. Und dies ist ein sehr

wichtiger Punkt, denn in gewisser Weise hat der Kommunismus kein Bewusstsein der Abhängigkeit von der Gemeinschaft geschaffen. Im Gegenteil, er hat sehr viel mehr den Sinn für das persönliche „Sich-Arrangieren“ und „Sich-Durchschlagen“ gefördert. Und deshalb sind die Individuen liberaler als in einer Gesellschaft wie der französischen oder der deutschen.

Wenn also von Regulierung die Rede ist, von Gemeinschaftsverhandlungen – das heißt eben von Themen, die für das Nein der Linken in Frankreich von Bedeutung gewesen sind –, dann besteht ein Unverständnis in den zentral- und osteuropäischen Ländern. Sie haben dies sicherlich in einigen Erklärungen und Kommentaren in den Medien erkennen können, ich denke hier zum Beispiel an einen Beitrag, den Jiri Pehe, der ehemalige Berater des Präsidenten Havel und Proeuropäer, vor einigen Tagen im „Figaro“ veröffentlicht hat.

Wenn man sich diese Dinge vor Augen führt – und hier bin ich mit Sylvie Goulard einer Meinung, die dies zuvor angesprochen hat –, dann kann man die Bürger nicht mit institutionellen Fragen für Europa mobilisieren. Dies ist im Übrigen ein Problem, denn wenn man die Arbeit des Konvents im Bereich der institutionellen Architektur der EU betrachtet, so hat dieser zu bestimmten Dossiers sehr gute Arbeit geleistet, zum Beispiel zur Hierarchie der Normen oder zur Kompetenzabgrenzung. Doch all dies interessiert die Bürger gar nicht.

Wenn man also einen neuen europäischen Pakt um ein Wirtschafts- und Sozialmodell schaffen will, so sehe ich hier in der Einschätzung dessen, was legitim ist, große Unterschiede zwischen den so genannten alten Wohlfahrtsstaaten der Europäischen Union und den neuen postkommunistischen Mitgliedsländern.

Ich glaube, dies ist der wesentliche Grundgedanke, den Pascal Lamy, der nach dem französischen Referendum in Prag war,

zum Ausdruck gebracht hat: Bei der Rückkehr zu einer Art Gründungspakt für ein Wirtschafts- und Sozialmodell ist die entscheidende Frage, ob man einen Kompromiss in dieser Angelegenheit finden kann.

Darüber hinaus vielleicht noch einige Worte zur Frage der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, die in dieser Debatte ebenfalls erörtert worden ist. Hier muss man stark differenzieren: In der Frage des Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten besteht eine Kluft zwischen den Gesellschaften und den Eliten in Zentraleuropa, dies zeigen alle Umfragen. Wenn man zum Beispiel in aktuellen Umfragen in Polen oder der Tschechischen Republik die Menschen danach fragt, die Verdienste der Europäischen Union auf dem Gebiet des Kampfes gegen den Terrorismus, der Entwicklungshilfe etc. mit denen der Vereinigten Staaten zu vergleichen, das heißt in sehr konkreten Bereichen, so sind sie zu nahezu zwei Dritteln der Meinung, dass die Aktivitäten der Europäische Union effizienter sind als diejenigen der Vereinigten Staaten.

Hier besteht eine Diskrepanz zu den Eliten, die aufgrund eines sehr historisierenden Bewusstseins Amerika in gewisser Weise als äußeren Garanten dafür ansehen, eventuelle Entgleisungen der europäischen Geschichte zu verhindern und die Rückkehr auf den rechten Weg zu gewährleisten. Dieses Bekenntnis zu engen transatlantischen Beziehungen erklärt sich wiederum stärker aus ihrem Geschichtsbewusstsein heraus als durch ihren Beitritt zum Wirtschaftsliberalismus.

Darüber hinaus darf man nicht vergessen, dass die Eliten in Zentraleuropa für ein Element der Botschaft der Bush-Administration nicht unempfänglich sind: die Demokratisierung. Sie werden wie ich sicherlich bemerkt haben, dass in den Prioritäten der Bush-Administration II der Kampf gegen den Terrorismus an die dritte Stelle gerückt ist und dagegen die Demokratisierung an die erste Stelle. Und in dieser Hinsicht fällt es den Eliten Zentraleuropas schwer zu verste-

hen, dass die alten Mitgliedstaaten die zukünftigen Erweiterungen nicht mehr im Rahmen der Demokratisierung denken. Ich habe gerade die jüngsten Eurobarometer gesichtet: Es bestehen nur sehr geringe Wahrnehmungsunterschiede zwischen den alten und neuen Mitgliedstaaten; im Gegenzug sind diese Unterschiede in Bezug auf die Frage der zukünftigen Erweiterungen erheblich: Die neuen Mitgliedstaaten befürworten in viel stärkerem Maße den Beitritt der Ukraine, der Türkei, der westlichen Balkanstaaten etc.

Abschließend einige Bemerkungen zu den deutsch-französischen Beziehungen und wie sie konkret gelebt werden können. Ich glaube, dass sich die Gesellschaften in Zentraleuropa trotz allem bewusst darüber werden, dass zwischen Franzosen und Deutschen ein Vertrauensverhältnis besteht, das durch die Geschichte der beiden Akteure geschaffen wurde. Erlauben Sie mir eine kleine persönliche Anmerkung, es freut mich, dies in Deutschland sagen zu können: Für mich ist die deutsch-französische Zusammenarbeit eine Realität in meiner wissenschaftlichen Arbeit in Prag. Das heißt, dass auf meiner Arbeitsebene die Beziehungen zu meinen Kollegen im Goethe-Institut, in den Stiftungen konkret gelebt werden: Wir können uns anrufen, und wir sind uns, glaube ich, über die großen Ziele unserer Arbeit einig. Und das bedeutet, dass es nicht darum geht, in Zentraleuropa Modelle zu predigen, denn dies wäre katastrophal. Es geht darum, Partnerschaften aufzubauen. Und ich denke auch, dass die Länder Zentraleuropas sich trotz allem darüber bewusst werden, dass die privilegierten Konsultationsmechanismen in einem multilateralen Verhandlungssystem wichtig sind. Sie entdecken dies, weil sie dabei sind, im Alltag zu erleben, was Gemeinschaftsverhandlungen bedeuten. Sie wissen daher, dass man im Rahmen der Gemeinschaftsverhandlungen im Vorfeld Beratungen mit den Partnern anstrengen muss, und dass dabei privilegierte Konsultationsme-

chanismen durchaus von Vorteil sind. Und so versuchen sie, ebenfalls solche informellen Konsultationsmechanismen zwischen den neuen Mitgliedstaaten zu entwickeln.

Das heißt, sie versuchen, diesen deutsch-französischen Reflex des Beamten, der direkt seinen Amtskollegen anruft, nun ebenfalls in die Tat umzusetzen, und sie werden sich darüber klar, dass Beziehungen wie die deutsch-französischen letztlich sehr hilfreich sind, um die Dinge offen auf den Tisch zu legen, wenn es schwierig wird. Ich glaube, das ist der wesentliche Aspekt. Ich selbst habe das deutsch-französische Verhältnis vor 15 Jahren dahingehend definiert, dass es sich dabei in erster Linie um ein System zur friedlichen Konfliktlösung handelt.¹ Ich habe dies meinem Lehrer Alfred Grosser vorgelesen, der mich freundlich kritisierte und sagte: Es handelt sich um sehr viel mehr als das! Und doch denke ich, wenn heute vom Fehlen des Motors und mangelnden gemeinsamen Visionen die Rede ist, dass trotz allem diese überaus wichtige Dimension bestehen bleibt, die in der Fähigkeit besteht, ein schwieriges Problem zwischen den beiden Ländern offen anzusprechen, indem man sich den formalistischen Regeln der Diplomatie entzieht, um eine Lösung zu finden. Und ich glaube, dass dies ein Aspekt ist, für den die Länder Zentraleuropas empfänglich sind.

Abschließend eine Bemerkung: Nehmen die zentraleuropäischen Länder uns immer

noch als deutsch-französisch wahr oder zuweilen nicht auch als französisch auf der einen und deutsch auf der anderen Seite? Sicherlich Letzteres. Was Deutschland betrifft, so besteht in meinen Augen einerseits eine sehr große Nähe zur deutschen Gesellschaft. Deutschland ist das Land, das man am besten kennt, das Land, in das man fährt, das Land, das im Übrigen am nächsten liegt. Gleichzeitig ist es ein Land, mit dem ungelöste bilaterale Konflikte bestehen, die zu jeder Zeit an die Oberfläche kommen können, vor allem aufgrund der Probleme mit den Vertriebenenverbänden. Die Tätigkeit für einen deutschen Diplomaten in einem zentraleuropäischen Land liegt darin, anlässlich einer Erklärung vom Bund der Vertriebenen zu erklären, dass dieser nicht für Deutschland spricht.

Was Frankreich betrifft, so ist in den Wahrnehmungen und Darstellungen sehr präsent, dass Frankreich das Land war, das der Erweiterung die Vertiefung entgegengestellt hat. Und diese Wahrnehmung hat man von Deutschland nicht. Frankreich gilt als das Land, das Schwierigkeiten damit hatte, sich die Erweiterung und die Vertiefung als einen parallelen Prozess vorzustellen. Dies ist in den Köpfen präsent, und es wäre sicher interessant, eines Tages einmal eine Langzeitstudie zur französischen Haltung gegenüber der Erweiterung seit 1990 durchzuführen.

1 „Formulation des politiques communautaires et procédures de consultation avec la RFA en France“. In: Robert Picht / Wolfgang Wessels (Hg.): Motor für Europa? Deutsch-Französischer Bilateralismus und Europäische Integration. Europa Union Verlag, Bonn 1990, S. 123–144.